



# Waffen schaffen keinen Frieden – aber Sicherheit?

## Zur Militarisierung in Österreich und Alternativen

von Pete Hämmerle

**D**ie allermeisten Menschen wollen lieber in Frieden als im Krieg leben. Dazu gehört wesentlich auch der Aspekt, in Sicherheit leben zu können. Doch die Sicherheit scheint gerade in den letzten Jahren vielfältig bedroht: durch Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen in der näheren und fernen Umgebung, durch die wachsende Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft und auf globaler Ebene, durch die Klimakrise, die Pandemie und andere Entwicklungen, die Verunsicherung und Angst hervorrufen. So wächst das Bedürfnis, sich gegen diese Gefahren wappnen, sich verteidigen zu müssen – und Antworten werden vielfach im Sinne einer Stärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten gesehen und vom vorherrschenden politischen Mainstream forciert.

### Sicherheits- und Friedenslogik

Von einem gewaltfreien Blickwinkel aus betrachtet können zwei grundsätzliche Herangehensweisen an

Gewalt und Konflikte unterschieden werden, wie sie auch in der neueren Friedens- und Konfliktforschung thematisiert werden.

Der sicherheitslogische Ansatz stellt die Abwehr möglicher Gefahren, die Verteidigung gegen die Gewalt von Gegner\*innen oder Feind\*innen in den Vordergrund. Dabei geht es vorwiegend um die Sicherung eigener Interessen, die Schuld an der gegenwärtigen Gewaltsituation wird bei den Anderen verortet, denen daher mit Misstrauen und Abwehr zu begegnen ist. In dieser Logik wird Sicherheit primär unter militärisch dominierten Vorzeichen betrachtet, Aufrüstung und Abschreckung scheinen in diesem Paradigma alternativlos zu sein, weil das Gegenüber „nur die Sprache der Gewalt“ verstehe. Man könnte daher vielleicht zutreffender von einer „Logik des Krieges und der Gewalt“ sprechen.

Im Gegensatz dazu setzt die Friedenslogik auf ein anderes Verständnis, wie Probleme entstanden

sind und bearbeitet werden können. Hier steht eine Offenheit für gemeinsame Herangehensweisen an eine Konfliktsituation im Mittelpunkt, berechnete Bedürfnisse aller Seiten werden anerkannt und eine Haltung des Vertrauens (nicht der Naivität) und der Kooperation steht im Fokus. Dabei wird der Aspekt der Sicherheit nicht ausgeblendet, sondern auf die „menschliche Sicherheit“ und auf die „gemeinsame Sicherheit“ bezogen, die wesentlich für ein Leben in Frieden sind.

### Militarisierung und Umfassende Landesverteidigung (ULV)

Unter Militarisierung versteht man kurz gesagt eine Entwicklung, in der militärische Aspekte in Politik und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen. In Österreich ist seit 1975 die ULV in der Verfassung (Artikel 9a B-VG) verankert, die aus den vier Säulen der *militärischen*, der *geistigen*, der *zivilen* und der *wirtschaftlichen* Landesverteidigung besteht. Sie soll die Unabhän-

gigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes bewahren. Im Folgenden soll anhand einiger aktueller Themen aufgezeigt werden, wie sich der Primat einer umfassenden Sicherheitslogik in diesen vier Bereichen durchsetzt.

## Erhöhung der Militärausgaben

Im Zuge der Budgetsanierung muss angeblich auf allen Ebenen rigoros gespart werden – mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums. Seit dem Beschluss des Ausbauplans 2032+ für das Bundesheer steigt das Militärbudget kontinuierlich: von 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2022 (0,8% des BIP) auf dzt. über 5 Mrd. Euro (2026) mit dem Ziel eines Anteils von 2% des BIP im Jahr 2032, was laut Berechnungen von ATTAC einer Summe von über 12 Mrd. Euro entspräche. Zu diesen direkt budgetrelevanten Kosten kommen noch Sonderfinanzierungen für die Anschaffung bzw. Erneuerung von Waffensystemen zur Luftabwehr (Raketen- und Drohnenabwehr, Abfangjäger), von Panzern und Transportsystemen sowie Infrastrukturmaßnahmen (Kasernen, Verkehrswege...) und volkswirtschaftliche Effekte (z.B. durch eine Verlängerung der Wehrpflicht). Gleichzeitig wird in anderen Ressorts gespart und gekürzt, die essentielle Beiträge zur menschlichen Sicherheit und einer friedliche(re)n Gesellschafts- und Weltordnung leisten: Gesundheit, Soziales, Entwicklungszusammenarbeit, Klima und Umwelt, Integration, Asylwesen und Migration, Frauen, Jugend und Kinder... - von friedensfördernden Maßnahmen ganz zu schweigen.

## Verlängerung des Wehrdienstes

Für ein „funktionsfähiges Bundesheer“ wird weiters über die notwendige Verlängerung des Grundwehrdienstes und den Ausbau des Milizsystems diskutiert. Eine im BMLV eingerichtete Wehrdienstkommissi-



Protestkundgebung bei der Raiffeisen Hauptversammlung gegen Investments in fossile Rohstoffe, Rüstungsindustrie und Bankgeschäfte in Russland Bild: Ingrid Ellhotka

on mit 23 Mitgliedern (20 Männer, 3 Frauen!) hat in ihrem Bericht im Jänner 2026 drei mögliche Varianten vorgeschlagen, das (favorisierte) Modell „Österreich Plus“ (8 Monate Grundwehrdienst und 2 Monate Milizübungen), das „Stufenmodell“ (6 Monate GWD, 2 Monate Truppenübungen und 40 Tage Milizübungen) und das „Schweizer Modell“ (4 Monate GWD, 140 Tage Milizübungen). Allerdings gibt es in der Regierungskoalition (noch) keine Einigung über die Zukunft der Wehrpflicht, es gibt gewisse Vorbehalte gegen eine Verlängerung (v.a. aus SPÖ und Grünen), den Wunsch nach einem Berufsheer im Rahmen einer EU-Armee (Neos) sowie eine Präferenz für das Modell Ö Plus (aus ÖVP und FPÖ). Durch den Vorschlag einer Volksbefragung von Bundeskanzler Stocker ist die politische und mediale Diskussion von vornherein in eine Richtung gelenkt worden, dass mögliche Alternativen wie die Beibehaltung des Status quo oder ein Abbau der militärischen Komponente der ULV gar nicht in Betracht gezogen werden.

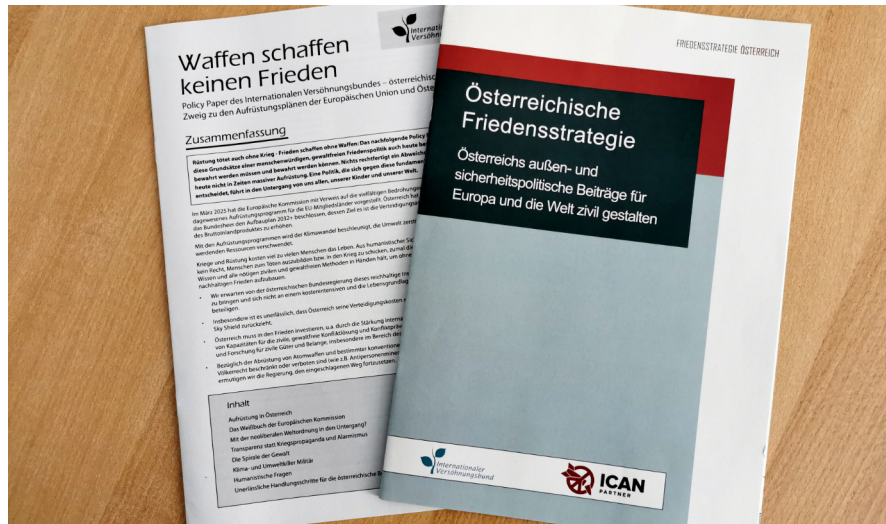
Die Dominanz des Militärischen zeigt sich auch im Umgang mit dem Thema Wehrdienstverweigerung und Zivildienst. Trotz einer um 50% längeren Dauer (9 statt 6 Monate) beträgt der Anteil von Wehrpflichtigen, die sich für den „Ersatzdienst“

(ZD) entscheiden und so wesentlich zum Funktionieren wichtiger gesellschaftlicher Bereiche beitragen, jährlich beinahe 50%. Anstatt den ZD jedoch endlich als gleichwertige Alternative zum Wehrdienst zu würdigen und zu etablieren, wird nicht einmal darüber diskutiert, dass bei einer Verlängerung des GWD „selbstverständlich“ auch der ZD auf mindestens 12 Monate verlängert werden müsse – und der „Auslandszivilidienst“ (freiwillige Friedens- und Sozialdienste) abgeschafft oder im Fall des Gedenkdienstes auf 15 Monate verlängert werden sollte. Weiters solle eine verstärkte Einbindung von Zivildienstpflichtigen in die gesamtstaatliche Planung der ULV erfolgen (außerordentlicher ZD) und die Dienstsparten dementsprechend reorganisiert werden.

## Geistige Landesverteidigung (GLV)

Die GLV soll u.a. das Verständnis für die ULV fördern und erhalten und die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsbereitschaft verankern. Das scheint aus militärischer Sicht auch dringend notwendig, wenn die Wehr(Kampf-)bereitschaft laut Gallup-Umfrage vom Oktober 2025 gerade mal bei 20% der befragten Soldat\*innen liegt und das Bundesheer nicht auf eine ausreichende Zahl von Grundwehrdienern und Kaderpersonal zurückgreifen kann.





„Beginnend im Schulsystem, muss der Zweck der Umfassenden Landesverteidigung und das Zusammenwirken ihrer Teilbereiche vermittelt werden. Die Geistige Landesverteidigung soll so Desinformation entgegenwirken und die demokratische Wehrhaftigkeit in der Bevölkerung ermöglichen, erhalten und ausbauen“ (Bericht WDK, S. 17). Dzt. nehmen rund 600 Bundesheerangehörige diese Aufgabe in Schulen wahr, während über Alternativen zur umfassend militärischen Verteidigung, über Zivildienst oder Friedensarbeit maximal auf Initiative engagierter Lehrer\*innen informiert werden kann.

Viele weitere wichtige Themen, deren Betrachtung unter dem Aspekt einer zunehmenden Militarisierung ebenfalls bedeutsam wäre, können hier nur genannt werden: die österreichische Rüstungsproduktion und der Rüstungsexport (Profite der Waffenhersteller, Lockerung der Ausfuhrbedingungen), die Rolle der Neutralität – im Kontext von EU-Beistandspflicht und europäischer Aufrüstung (z.B. „ReArm Europe“ mit 800 Mrd. Euro zusätzlich für Rüstungsinitiativen, Sky Shield u.v.m.) oder die „Versichertheitlichung“ vieler Bereiche des öffentlichen Lebens, indem das Militär oder Soldat\*innen immer mehr Aufgaben übernehmen, für die eigentlich andere zuständig sind.

## Alternativen und Aktivitäten

Der Versöhnungsbund tritt seit über 100 Jahren für aktive Gewaltfreiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung ein. Was aber können wir der scheinbaren Alternativlosigkeit zur Aufrüstung, Abschreckung und Militarisierung aktuell entgegensetzen?

### Auf politischer Ebene:

- Mitarbeit in der Kampagne „Wettrüsten stoppen!“ von attac Österreich und weiteren Friedensorganisationen national, sowie an der Kampagne „StopReArmEurope“(1)
- Zivile, friedensfördernde politische Instrumente und Organisationen bekannt machen und unterstützen: Publikationen wie die österreichische und die europäische (in Ausarbeitung) Friedensstrategie und das Policy-Paper „Waffen schaffen keinen Frieden“(2)
- Teilnahme an gewaltfreien Aktionen gegen (Profiteure von) Rüstung und Krieg
- Bündnisse mit Betroffenen von Militarisierung und Kürzungen von Förderungen (junge Menschen, Frauen- und Flüchtlingsorganisationen, Sozialhilfeempfänger\*innen, Klimaaktivist\*innen...) eingehen

## Initiativen und Aktivitäten des Versöhnungsbundes zur Bewusstseinsbildung:

- Veranstaltungen und Diskussionsbeiträge zu den Grundlagen der aktiven Gewaltfreiheit und zur sozialen/zivilen Verteidigung (z.B. mit Vorträgen oder in der Versöhnungsbund-Vernetzungsgruppe Oberösterreich)
- Angebote zu Wanderungen auf Friedenswegen im Waldviertel und Südböhmen von 12.-14.Juni und im Sočatal (Slowenien) von 14.-19. September mit inhaltlichen Inputs und Austausch
- Nachmittags-Workshops mit praktischen Übungen zum Thema „Schaffen Waffen Frieden?“ in Scheibbs, Krems und Zwettl im Herbst 2026 (Versöhnungsbund-Vernetzungsgruppe Niederösterreich)
- Bildungsangebote und Materialien für Friedenthemen in Schulen (in Ausarbeitung)

### Auf persönlicher Ebene:

- In Gesprächen im eigenen Umfeld weiter für Gewaltfreiheit, Friedenslogik und Pazifismus eintreten und argumentieren
- Mitwirkung an Gewalt wo möglich unterlassen, z.B. Wehrdienst verweigern

Über weitere Ideen und Anregungen für unser gemeinsames Engagement würden wir uns sehr freuen! Und bei Interesse für unsere Veranstaltungen oder an einer Mitarbeit bei der ein oder anderen Aktivität stehen wir gern für weitere Informationen zur Verfügung!

**Pete Hämmerle** war langjähriger Mitarbeiter im Int. Versöhnungsbund - österreichischer Zweig und ist nun Mitglied im Vorstand

(1) [www.attac.at/wettruesten](http://www.attac.at/wettruesten) bzw. <https://stoprearm.org/>

(2) <https://www.versoeohnungsbund.at/waffen-schaffen-keinen-frieden/> bzw. <https://www.versoeohnungsbund.at/oesterreichische-friedensstrategie/>

